

Geburten sei seien aus Paris zurückgekommen. Er freue sich in das Büro zu sein, sagen zu können, daß die in Paris getane Arbeit seiner Einsicht nach erfolgreich sein werde und daß das Ergebnis des Berichtes des Untersuchungsausschusses einer Aenderung der Mentalität in der Behandlung der Reparationsfrage führen werde, was unentbehrlich sei, wenn sich seine Hoffnungen erfüllen sollten, um einen dauernden Frieden zu schaffen.

Der Separatistenführer Schlicht erschossen.

Ein bekannter Separatistenführer, der Badenauer Schlicht aus Bell, der in den Tagen der Sonderbündlerherrschaft im Kreise Mayen die Hauptrolle spielte, und sich als „Vandrat“ bezeichnete, ist am Donnerstagabend zwischen Niederländisch und Oberlandisch von Unbekannten, von denen jede Spur fehlt, erschossen worden. Schlicht kam von einer Agitationstour zurück. Man fand ihn von acht Kugeln durchbohrt auf. Er selbst hatte einen entfachten Revolver bei sich. Während seiner „Vandratzeit“ hat der Getötete sich besonders dadurch bekannt gemacht, daß er Stotgeld des Kreises Mayen im Mennwerte von 7 Trillionen Mark das sogenannte Schlicht-Geld, drücken ließ.

Unerhörte Vorgänge in Lauterecken.

Die Bevölkerung von Lauterecken veranstaltete einen Demonstrationzug gegen die Separatisten. Die vor dem Finanzamt stehende separatistische Wache wurde entwaffnet. Darauf zog die Menge vor die frühere Gendarmeriestation, wo sich drei Separatisten, darunter der frühere deutsche Gendarm Wille, verschanzt hatten, die auf die Menge Gewehrslüsse abgaben, ohne jedoch jemand zu treffen. Das Gebäude wurde mit Feuerwehrschläuchen von der Menge unter Wasser gesetzt und die Tür mit Steinen eingeschlagen, worauf sich die drei Separatisten ergaben und ihre Waffen ablieferierten. Inzwischen erschienen von Kaiserslautern und Kusel in drei Postautos etwa 50 schwerbewaffnete Separatisten die ihre gefangen genommenen Kameraden befreiten und blindlings in die Menge hineinschossen. Der Arbeiter, der sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte befand, wurde von den Separatisten durch Kopfschuß getötet. Alsdann nahmen die Separatisten unter dem Schutz von inzwischen ebenfalls eingetroffenen französischen Gendarmen etwa 50 bis 60 Einwohner von Lauterecken fest. Die Verhafteten wurden von dem französischen Bezirksdelegierten in Kusel Major Vaillant, verhört, schwer mishandelt und eingesperrt. Abends traf dann ein 50 Mann starker Trupp marokkanischer Soldaten in Lauterecken ein.

Wohnungsraub für französisches Militär in Offen.

Nachdem von den französischen Besatzungsbehörden bei der Stadtverwaltung Offen bereits vor mehreren Tagen 880 Wohnungen für Beamte und Offiziere verlangt worden waren, sind nun abermals 818 Wohnungen für verheiratete und 226 für unverheiratete Unteroffiziere angefordert worden. Die Stellung dieser Wohnungen muß für Offen, wo sowieso wie in allen deutschen Städten Wohnungsmangel herrscht, geradezu eine Katastrophe geben.

Lenins Ueberführung nach Moskau.

Lenins Sarg war von rotem Stoff überzogen, als er in Gorki zur Ueberführung nach Moskau abgeholt wurde. Die nächsten Freunde und Schüler Lenins die Mitglieder der Räterepublik und des Zentralkomitees der Partei trugen abwechselnd den Sarg bis zu der vier Kilometer abgelegenen Eisenbahnstation Gerasimovo. Unmittelbar hinter dem Sarge folgte die Familie. Auf dem Wege zur Station warteten zahlreiche Bauern, die von welcher gekommen waren. Um 1 Uhr mittags erreichte der Trauerzug Moskau. Es folgte eine Unachtspause von 5 Minuten, während welcher jede Bewegung ruhte. Dann trugen die Freunde Lenins den Sarg nach dem Gewerbeschthause. Dem Sarge folgten Hunderttausende. Um 3 Uhr wurde die Leiche für drei Tage im Gewerbeschthause aufgebahrt. Lenin ruht im Sarge in seinem üblichen grauen Anzuge. Am Rücken ist der Orden des Roten Banners befestigt.

Das Begräbnis Lenins, das am Sonnabend stattfinden sollte, dürfte wahrscheinlich auf Sonntag verschoben werden. Bei 17 Grad Kälte füllten seit Mittwoch abend Tag und Nacht Tausende von Menschen die Straßen von Moskau, die des Einlasses zu den aufgefahrenen Leichen Lenins harren. Gewaltige Lagerfeuer, die nachts in den Straßen angezündet werden, brennen für Gründumrund der Wartenden.

Das Botschaftstelegramm des R. P. D.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat anlässlich des Todes Lenins ein Telegramm nach Moskau gesandt, in dem es heißt: „Millionen deutscher Proletarier geloben als Mitglieder der großen revolutionären kommunistischen Internationale in heiterer Röse zu Lenin, sein Werk zu vollenden und die Revolution zum Sieg zu führen.“

„Eine politische Meldungen.“

Keine Veränderung des Erneuerungsgesetzes. Bei einer Besprechung der Führer der Mittelparteien mit dem Reichsminister für die Einführung des Reichstages wurde u. a.

auch die Frage erörtert, ob eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Erneuerungsgesetzes notwendig sei. Das Erneuerungsgesetz läuft am 16. Februar ab. Die Wünsche einer Verlängerung des Gesetzes besteht nicht. Reichstagsamts Dr. Marx glaubt, obgleich der durch Verordnungen zu regelnde Stoff, wovon der Regierung noch nicht ausgewertet worden ist, daß eine Verlängerung des Erneuerungsgesetzes nicht nötig ist. Das Gesetz wird also am 16. Februar, wie vorgesehen, außer Kraft treten. Außerdem rechnet man damit, daß ungefähr Mitte Februar der Reichstag wieder zusammenetreten wird.

Vor einem Rücktritt Löffows und Raths. General v. Losow soll sich in einer Befreiung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Kneiling bereit erklärt haben, nach Abschluß des Hitler-Prozesses seinen Rücktritt zu nehmen. Auch Herr von Rath werde zurücktreten. In Berliner unterrichteten Kreisen wird behauptet, daß die Grüne über einen Rücktritt v. Rath und v. Losow als insofern eine leise Grundlage haben, als in der Aussprache zwischen dem Reichstagsamts und dem bayerischen Ministerpräsidenten in Homburg v. d. H. auch die Frage der praktischen Lösung des noch immer zwischen dem Reichswohnenministerium und der bayerischen Regierung schwelenden Konflikts besprochen worden sei, und gleichzeitig in München die maßgebenden Personen der bayerischen Volksvertretung sich dahin entschieden hätten, sowohl dem General von Losow, als auch dem Generalstaatskommissar nahezulegen, in nächster Zeit zurückzutreten. Man erwarte in unterrichteten Kreisen der bayerischen Politiker den Rücktritt des Generalskommisars und des Generals v. Losow kurz vor den Wahlen.

Weltbau 1923. Lloyds Register bringt eine Übersicht über den Schiffbau in der Welt im Jahre 1923. Darauf hat sich Großbritannien seine Spitzenstellung mit 845 651 Tonnen erhalten können. Das sind etwas weniger als 40 Prozent von der Gesamtsumme, die mit 201 Schiffen auf 1 643 181 Tonnen angegeben wird. In zweiter Stelle steht Deutschland mit 358 273 Tonnen. Es folgen die Vereinigten Staaten mit 172 817, Frankreich mit 98 644, Japan mit 72 475, Italien mit 66 528 und Holland mit 65 682 Tonnen. Gegen 1922 sind 824 000 Tonnen auf der ganzen Welt weniger gebaut worden. Großbritannien hat 380 000, Deutschland 217 000, Frankreich 89 000 Tonnen weniger als 1922 gebaut. Das Rekordjahr war 1919, wo 7 145 000 Tonnen in der ganzen Welt zu Wasser gelassen wurden.

Botschafter-Empfang in London. Premierminister Ramsay Macdonald empfing im Foreign Office in Anwesenheit des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten, Arthur Ponsonby, die Botschafter des Deutschen Reiches, Amerikas, Italiens, Belgiens, Spaniens, Japans und Frankreichs. Nähe des Abinets Mac Donalds. Vom „Westminster Gazette“ hat das Arbeiterkabinett bereits beschlossen, die Sozialregierung anzuerkennen, den Plan eines Doganes in Singapore aufzugeben und auf die Ausdehnung des Völkerbundes hinzuwirken. Die Regierung werde auch auf den Beitritt Russlands und Deutschlands zum Völkerbund bringen, aber außer einer internationale Konferenz zur Wiederauflösung des Versailler Vertrages und zur Herabsetzung der Reparationsforderungen vorschlagen. Der Botschafterkoffer bot jedoch, dies seien Fragen, die Zeit erforderten, bis sie in der Erwägung der heiligen internationalen Lage an die Reihe kämen.

Lord Grey besucht Krieg. Lord Grey erklärte in London, Europa treibe in den alten Zustand zurück, der vor dem Kriege geherrscht habe und gehe sicher in der Richtung auf einen künftigen Krieg. Eine Völkerbundspolitik würde dieses Treiben verhindern.

Der französisch-schweizerische Bündnisvertrag wird heute in Paris unterzeichnet werden, da Außenminister Dr. Benesch voraussichtlich am Sonntag von Paris abreist. „Echo de Paris“ schreibt dazu, lebhaft habe man erfahren, daß es Benesch während seines Aufenthaltes in London gelungen sei, die Beschränkungen Lord Curzons zu zerstreuen durch das Angebot, mit London einen gleichen Vertrag abzuschließen, wie mit Paris. Ohne Zweifel werde der Nachfolger Curzons kurzem vor dieser Frage gestellt werden, denn Paris werde sich wahrscheinlich ebenso wie Prag darum bemühen. Reuter berichtet aus London, es verlautet, daß der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch während seines Besuches bei Lord Curzon ausführlicher habe, daß das französisch-schweizerische Abkommen keinerlei militärische Verpflichtung (I) bedeute. Ein Einverständnis sei jedoch zwischen den beiden Generalstäben vorhanden. (II) Das gefälschte Überkommen könne auf Großbritannien ausgedehnt werden, wenn es dies wünsche.

Ein Schwarzer als Ritter der Ehrenlegion. Die französische Regierung hat dem Präsidenten der Republik Liberia, King, die Würde eines Großoffiziers der Ehrenlegion verliehen. Die Ehrenlegion wird sichtlich stolz darauf, einen so vorzüchlichen Mann zu den Ihren zählen zu dürfen! Dennoch darf man nicht übersehen, daß es sich hierbei um System handelt. Paris verleiht diese Würde einem Neger, um auszusprechen, daß ein schwarzer Franzose ebensoviel gilt als ein weißer. Die große Nation braucht eben Menschen, aber in Frankreich selbst nimmt die Bevölkerung ab.

Eine ungarische Anleihe in London. Der Chefredakteur des Daily Telegraph schreibt, es verlautet, daß demnächst eine Anleihe von 10% Millionen Pfund Sterling für die ungarische Regierung ausgegeben wird. Man hoffe, daß 4 Millionen Pfund Sterling von den Vereinigten Staaten und den übrigen Ländern und der übrige Teil von Großbritannien aufgebracht wird.

Von Stadt und Land.

Am. 26. Januar.

Tagung des Landeskulturrates

der Deutschen Volkspartei in Dresden.

Welchen Segen es für Sachsen bedeutet, daß infolge der Roßbachsregierung sehr einseitige sozialdemokratische Kulturpolitik innerhalb des Verwaltungsbereichs der einzelnen Wirtschaften möglich geworden ist, zeigte die Tagung der Deutschen Volkspartei, die am vorigen Sonnabend in Dresden stattfand. Schule und Kirche sind von der Erziehung, die sie drei Jahre durch die radikale Kulturpolitik Fleckners erfuhr, mißbraucht, bestreit. Die unzähligen Verordnungen, wie das Schulgebäudeverbot und der Schulswang an den staatlich nicht anerkannten Feiertagen, sind von dem fröhigen Volkbildung-minister Dr. Kaiser wieder aufgehoben worden und

wissenschaftliche Grundlagen, die fast von jeder Kulturpolitik sind, herrenlos wieder im Volkssbildungministerium. Die Vorteile, die eine solche Kulturpolitik dem ganzen Volle gewährt, wird niemand leugnen können.

Minister Dr. Kaiser betonte sich auch auf dieser Tagung zu einer liberalen Einstellung in allen Kulturstoffen. Er erklärte z. B., daß an eine Wiedereinführung des kirchlichen Auflaufs über die Schule, auch im Religionsunterricht, nichts zu rütteln sei, daß am Programm der Lehrerbildung nicht gerüttelt wurde und daß er beim Beamtenabend die Schule nach streifen schließen werde. Es sei schon gelungen, die 10 Prozent im Lehrerabend nicht, wie ursprünglich geplant, schon am 1. März, sondern erst am 1. April, unter Verlängerung der neuen Schulschulordnungen, zur Ausführung bringen zu müssen. Berufige Fachleute entwickelten die Fortbildungen der Gegenwart. Für die Volkschule der früheren Schriftsteller der Sächs. Lehrerzeitung, Leopold-Dresden, für die Berufsschule die Berufsschullehrerin Fr. Thiel-Dresden, für die Höhere Schule Geheimrat Dr. Richter-Dresden und für die Hochschule Geheimrat Prof. Dr. Geh.-Dresden. Über sechs Stunden zog sich die Beratung hin und der neue Volkssbildungminister legte zu jedem der Berichte seine Abschauungen dar.

Stundung der Gewerbebeute. Gesuche um Stundung der Erlöse der staatlichen Gewerbebeute sind im Interesse des schleuniger Erledigung nicht unmittelbar beim Finanzministerium, sondern bei der Veranlagungsbehörde, d. h. in allen Städten und den Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern einschließlich der Gemeinden Einzelbetriebe bei Chemnitz, Leubnitz bei Werda, Niedersedlitz, Orlendorf-Orritz und Bischöflich bei der Gemeindebehörde, in weiteren Landgemeinden beim Finanzamt einzureichen. Gesuche um Stundung oder Erlös der Abgabe nach Maßgabe der im Gewerbebetrieb gezahlten Gehälter und Löhne sind ausschließlich bei der Gemeinde der Betriebsstätte einzureichen, in der die Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Eine Reichsgründungsfeier zum 18. Januar veranstaltete, wie wir jetzt erfahren, der bissige deutschnationalen Verein im Taunus-Tempel, dessen Basis vorgehend Raum durch die Aufschrift „Geschlossene Gesellschaft“ nicht geladenen Personen versperrt war. Wir finden diese Art der Veranstaltung von nationalen Feiern gelinde gesagt eigenartig, zumal, wie uns bekannt wird, als politischer Verein nur noch die Deutsche Volkspartei Einladung empfangen hatte. Das Verfahren der Deutschen Nationalen Volkspartei darf nicht kritiklos in Vergessenheit geraten. Daß die genannte Partei ihre Veranstaltung nicht allen Reichstreuen zugänglich mache, wirkt ein Schlaglicht auf „ihren“ Begriff der Reichseinheit und Reichsfreiheit, der in den verlorenen Jahren so manche deutsamen Ereignisse verschwommen erscheinen ließ. Und daß sie die Deutsche Demokratische Partei, die sie doch dann und wann zu den reichstreuen Parteien zu zählen die Gewohnheit hat, zu einer Einladung nicht für würdig erachtete, wird die Deutsch-Demokraten zwar nicht weiter aufregen, aber sie werden sich doch eines Lächelns nicht erwehren können über die scheinbare Unmaßigung ausgerechnet der Deutschen Nationalen, daß Vaterlandsgesetz gepachtet zu haben und die Bevölkerung zur Teilnahme an Reichstagen aussortieren zu können.

Aufnahmeprüfungen an der Handelschule. In der Südlichen Handelschule zu Aue fanden am Montag, den 21. Januar, die Aufnahmeprüfungen für alle Abteilungen der Lehranstalt statt. Von den angemeldeten 197 Schülern und Schülerinnen wurden 160 aufgenommen. Leider mußte sich ein Viertel der Zahl der Angemeldeten von der Aufnahme zurückgewiesen werden, weil die Errichtung von Parallelklassen, insbesondere für die Abteilung „Höhere Handelschule“, von dem bisherigen Stadtverordnetenkollegium nicht genehmigt wurde.

Vortrag im Wissenschaftlichen Verein zu Aue. Über die Ergebnisse der neuesten Forschung über den Kleinbau der Materie sprach am Donnerstag in der Oberrealschule Herr Studienassessor Schulze. Der Redner führte zunächst nach kurz aus wie sich die Chemie mit dem von Boyle gegebenen Elementbegriff entwickelt hat. Dann zeigte er, daß durch die Entdeckung der radioaktiven Stoffe eine völlige Abänderung des Atom- und des Elementbegriffes nötig wurde und daß die Umwandlung der Elemente und der Atomzersetzung die beste Erklärung durch die Rutherford-Bohrsche Atomtheorie these fand. Insbesondere ging er dann auf die beim Studium der radioaktiven Zersetzungsprodukte entdeckten Isotopen Elemente ein, die in ihren chemischen Eigenschaften völlig übereinstimmend und doch verschiedene Atomgewichte besitzen. Die vom Redner angeführten Versuche zeigten wie das schwierige Trennungsproblem isotoper Elemente am günstigsten von dem Engländer Aston gelöst worden ist, der mit Hilfe der elektrischen und magnetischen Ablenkung der Kanalstrahlen nachweisen konnte, daß die meisten unserer gewöhnlichen Elemente gar keine „reinen Elemente“, sondern Isotopenmischungen darstellen. Zum Schlusse streifte der Redner kurz die Bestrahlung des Atoms mit „Alpha-Strahlen“, die zu der Ansicht geführt hat, daß die beiden Elemente Wasserstoff und Helium die einzigen Bausteine des Universums darstellen und er sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, die Atomzersetzung in größerem Stile durchzuführen und dadurch ungeahnte Energiequellen zu erschließen. Der Vortragende wußte den aktuellen Stoff mit außerordentlicher Klarheit zum Verständnis zu bringen. Für die interessanten Darlegungen dankte die Zuhörerschaft mit wohlverdiinem Beifall.

Ergebnisreiches Kunstgewerbe auf der Leipziger Messe. Das Kunstgewerbe in Aue, Erzgeb. und seiner Umgebung hat einen außerordentlich erfreulichen Zusammenschluß zu Stande gebracht. Eine größere Anzahl Kunstgewerbe und Kunstabwerkeleuten haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel in Aue zusammengefunden, um ihre Ergebnisse wissenschaftlich zu vermarkten. Zu diesem Zwecke sind von der Arbeitsgemeinschaft bereits auf der Leipziger Messe in dem Hause, das dem größten Teil des deutschen und den bedeutendsten Werkstätten des ausländischen Kunsthandswerks seine Räume zu friedlichem Wettbewerb geöffnet hat, in der Universität, grünes Raum gemietet worden. In diesen wird erstmals bereits zu der vom 2. bis 6. März 1924 stattfindenden Leipziger Mustermesse den Einläufen aus aller Herren Ländern das ergebnisreiche Kunsthandswerk seine Erzeugnisse vorführen. Es wird eine große Auswahl aller Richtungen des Kunstuwerkes vertreten sein, um sich einen Platz auf dem Weltmarkt zu erobern. Handarbeiten, wie Stickerei, Rissen,